

Antrag

der Abgeordneten Anneliese Augustin, Dr. Erich Riedl (München) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Rudolf Bindig, Dr. Ingomar Hauchler und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

Minenräumung zu humanitären Zwecken als Beitrag sinnvoller Demobilisierung sowie zur Förderung des Wiederaufbaus

In vielen Ländern der Welt leidet die Bevölkerung nach dem Ende militärisch ausgetragener Konflikte unter den explosiven Hinterlassenschaften des Krieges. Schätzungen gehen von über 100 Millionen ungeräumter Landminen in mehr als 60 Ländern der Erde aus. Täglich werden Menschen Opfer von Minen und anderer Munition. Die oft flächendeckende Verminung macht die betroffenen Gebiete nutzlos und hemmt jede Art der Entwicklung.

Ziel der Minenräumung und der anderen Hilfsmaßnahmen in diesem Zusammenhang ist die Wiederherstellung der Sicherheit und die Erleichterung von Aufbaumaßnahmen in den betroffenen Gebieten.

Dabei können viele der betroffenen Länder die Aufgabe nicht alleine bewältigen, sondern benötigen die Hilfe der internationalen Gemeinschaft und bilaterale Unterstützung. Die in diesem Zusammenhang geleistete Hilfe von außen kann aber nur Hilfe zur Selbsthilfe sein, da es ohne das verstärkte Engagement der betroffenen Staaten nicht möglich sein wird, diese Aufgabe zu lösen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die bisherigen Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zur Minenräumung, die aus Mitteln der Ausstattungshilfe des Auswärtigen Amtes, der Überlassung von Minendetektoren und anderem Material für Minenräumaktivitäten aus Beständen der Bundeswehr und der ehemaligen NVA sowie durch die Beteiligung an Maßnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union erfolgt sind.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Einrichtung des VN-Minenräumfonds (Voluntary Trust Fund for Assistance in Mine Clearance) im Herbst 1994 sowie die Ausrichtung einer VN-Minenräumkonferenz (International Meeting on Mine Clearance) vom 5. bis 7. Juli 1995 in Genf als politisches Zeichen der Staatengemeinschaft, die Hilfe bei der Räumung von Minen in ehemaligen Konfliktregionen zu intensivieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Ausbildung von ehemaligen Soldaten oder sonstigem geeigneten Personal in betroffenen Entwicklungsländern zu Minensuchern, Minenräumern und Munitionsvernichtern zu fördern und den betroffenen Staaten Hilfe beim Aufbau und vor allem bei der Ausbildung eigener Minensuch- und Minenräumeinheiten zu geben;
2. damit besonders die Maßnahmen zur Wiedereingliederung im Rahmen der Demobilisierung zu unterstützen;
3. Programme zur Erfassung, Kartographierung und Markierung von Minen und Minenfeldern zu unterstützen;
4. Programme zur Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung zu initiieren und zu unterstützen;
5. integrierte Programme zur Hilfe für Minenopfer (Aufbau und Förderung orthopädischer Werkstätten, chirurgischer Zentren, Rehabilitation von Minenopfern) zu unterstützen;
6. die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) in die Arbeit zu unterstützen und die Bedingungen für deren Tätigkeit in den betroffenen Ländern zu erleichtern;
7. technische Entwicklungen zur Erleichterung der Minensuche und humanitären Minenräumung zu fördern;
8. Initiativen der Europäischen Union zur Beteiligung an der Lösung des Landminenproblems anzuregen und sich hieran zu beteiligen;
9. sich grundsätzlich am VN-Minenräumfonds zu beteiligen und im Rahmen der Voraussetzungen des Bundeshaushaltes eine angemessene Beteiligung vorzusehen, damit das zuständige VN-Büro beim Department of Humanitarian Affairs seiner Verantwortung gerecht werden kann;
10. auf der VN-Minenräumkonferenz im Juli 1995 gegenüber der Völkergemeinschaft zu verdeutlichen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nicht nur an der zukünftigen Einschränkung der Landminen, sondern auch an der Beseitigung des aktuellen humanitären Minenproblems beteiligt.

Bonn, den 28. Juni 1995

Anneliese Augustin

Dr. Erich Riedl (München)

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Bindig

Dr. Ingomar Hauchler

Rudolf Scharping und Fraktion

Dr. Olaf Feldmann

Dr. Irmgard Schwaetzer

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion